

An den Kreistagsvorsitzenden  
Herrn Andreas Güttler  
Wilhelmshöher Allee 19-21

34117 Kassel

Zierenberg, den 6.5.2019

**Antrag zur Kreistagssitzung am 24.6.2019**

**Keine Verlagerung der Finanzaufsicht der Städte und Gemeinden des Landkreises Kassel zum Regierungspräsidium Kassel**

Sehr geehrter Herr Güttler,

wir bitten, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 24.6.2019 zu nehmen:

- 1. Der Kreisausschuss des Landkreises Kassel wird beauftragt, sich gegen eine Verlagerung der Finanzaufsicht der Städte und Gemeinden des Landkreises Kassel hin zum Regierungspräsidium einzusetzen. Die Kenntnisse der kommunalen Strukturen und Bedürfnisse stellen einen sehr wichtigen Bestandteil der Aufsichtshandhabung durch die Kommunalaufsicht dar.***
- 2. Der Kreisausschuss fordert die Landesregierung auf, die Verlagerung der Finanzaufsicht von den Landräten hin zu den Regierungspräsidien, nicht weiter zu verfolgen. Eine Verlagerung der Aufsicht stellt eine Schwächung des kommunalen Raums dar.***
- 3. Eine Trennung der allgemeinen Kommunalaufsicht von der Finanzaufsicht wird abgelehnt.***

Begründung:

Die Ausübung der Kommunal- und Finanzaufsicht ist nach der Hessischen Gemeindeordnung den Landräten als Behörde der Landesverwaltung zugewiesen. Aktuell gibt es intensive Bemühungen, siehe Koalitionsvertrag von CDU/Bündnis 90 Die Grünen in Hessen, die Finanzaufsicht der kreisangehörigen Städte und Gemeinden auf die Regierungspräsidien zu übertragen.

Eine Verlagerung würde zu einer Trennung der allgemeinen Kommunalaufsicht von der Finanzaufsicht führen. Dieses Vorhaben der Landesregierung begründet unklare Zuständigkeiten und den Verlust von Synergien, auch im Hinblick auf den fachlichen Austausch mit den Rechnungsprüfungsämtern der Landkreise.

Die von der Landesregierung erwartete Steigerung der Effizienz bei der Trennung von Kommunal- und Finanzaufsicht, sehen wir als Trugschluss an. Ebenso können wir dem Argument von mehr Objektivität bei den Regierungspräsidien nicht folgen.

Das derzeitige Bestreben der Landesregierung lässt nicht ausschließen, in einem späteren Schritt, die komplette Kommunalaufsicht auf die Regierungspräsidien zu verlagern. Dies wäre ein heftiger Einschnitt der kommunalen Selbstverwaltung auf verschiedenen Ebenen.



Dr. Bärbel Mlasowsky  
Fraktionsvorsitzende